









## Die Wahlen in Oesterreich.

Unter starker Beteiligung und stürmischen und leidenschaftlichen Kämpfen, die, wie bereits gemeldet, leider in einigen Randteilen die stichwärtigen Charakter angenommen haben, sind am Dienstag die Stichwahlen in 168 Bezirken vor sich gegangen. In der Stichwahl standen: 44 Christlichsoziale, 89 Deutschfreiherrliche, 60 deutsche Sozialdemokraten, 39 tschechische Sozialdemokraten, 38 tschechische Agrarier, 23 Tschechischliberale, 13 Jungtschechen, 5 Tschechischnationaler, 8 Italiener und 4 Südslawen.

Befähigt tobte der Kampf namentlich in Wien, wo es galt, die Niederlage der Christlichsozialen vollständig zu machen. Die schwarzen Gejellen wählten sich verzweifelt, arbeiteten mit einem beispiellosen Terrorismus und Wahlbetrug und Wahlabschwändeleien aller Art. Eine große Anzahl von Personen wurden in Wien wegen Verletzung des Wahlgesetzes verurteilt.

In Galizien, wo am Montag in den meisten Bezirken erst die Hauptwahl erfolgte, ist es noch standstilliger zugegangen. Hier waren es die Wahlbetrügereien der galizischen Schlangzigen, die unter den Wählern eine maßlose Empörung hervorriefen, und worauf dann die Sozialisten ein furchtbares Vultbad unter den Massen anrichtete. Aus Drohobycz wird nach Lemberg berichtet, daß im Spital 47 Schmerzerlechte liegen, darunter drei Frauen, ein Mädchen, ein Student und ein Beamter der Gasausfall. Außer den bereits genannten acht Personen, die sofort den Tod fanden, wurden angeblich noch weitere zehn Personen getötet. Es herrscht in der Stadt große Erregung, da angeblich konstatiert worden sein soll, daß entgegen der Dienstinstruktion die Schiffe ohne vorherige Warnung abgegeben worden seien. (?) In Lemberg, sowie in Zambor ist es aus Anlaß der Wahlen zu Zusammenstößen zwischen christlichen und jüdischen Bewohnern gekommen. Die Krawalle nahmen einen beträchtlichen Umfang an, daß das Militär einschritt. In Lemberg wurden 13 Personen, in Zambor 10 Personen zum Teil schwer verletzt.

Ueber die Stadt Sereth in der Bukowina wurde, trotzdem keine weiteren Mitteilungen vorgekommen sind, der Besetzungskandidat verhandelt. Die Stadt ist wie ausgehoben. Von den Häusern wehen Trauerfahnen. Sämtliche Geschäfte, Cafés, Kaffeehäuser und Restaurants sind gesperrt.

Bis jetzt sind aus Galizien 86 Resultate bekannt. Unter den Gewählten befinden sich Eisenbahnminister Glominski und Landammannminister Jaleski, ferner der polnische Demokrat Bovenstein, welcher in Drohobycz mit großer Mehrheit gegen die Zionisten siegte.

Nach den bis Dienstag mittag vorliegenden Nachrichten waren bis dahin in siebzehn Wahlkreisen West- und Ostgaliziens mit insgesamt 106 Mandaten 88 Abgeordnete vollständig gewählt worden, und zwar dreißig Mitglieder des Reichstages, fünf Sozialdemokraten, unter ihnen Desanuzzi, wiederum, ferner der unabhängige Sozialist Freiter und zwei Ruthenen. Der Polenklub gewinnt bisher drei und verliert zwei Mandate, die Sozialdemokraten gewinnen zwei, die Zionisten verlieren zwei, die Ruthenen ein Mandat.

### Der Zusammenbruch der Christlichsozialen in Wien.

Wien, 20. Juni. Bei den Stichwahlen für den Reichsrat haben die Christlichsozialen in Wien eine vollständige Niederlage erlitten, ihre sämtlichen Führer sind gefallen. Unter den durchgefallenen Kandidaten befinden sich: Minister Dr. Reichelbacher, der im neunten Bezirk zweimal kandidierte, der Bürgermeister Dr. Reumann, der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Raitter, Prinz Liechtenstein, der Bürgermeister Hierhammer, der ehemalige Minister von Witted und noch sechs andere christlichsoziale Abgeordnete, die bisher ein Wiener Mandat inne hatten. Es fehlen noch die Resultate aus der Leopoldstadt, aus Florisdorf, aus Simmering und Wödling. Von den christlichsozialen Abgeordneten sind nur Kubin und Feilinger wiedergewählt worden. In der Leopoldstadt dürfte der Sozialdemokrat Schummeier gewählt und auch im 20. Bezirk ein Sozialdemokrat durchgebracht werden. Von 23 in Wien in der Stichwahl zu behandelnden Mandaten sind bisher 21 Ergebnisse bekannt. Gewählt sind acht Deutschfreiherrliche, zwei Christlichsozialer und elf Sozialdemokraten. In der Provinz ist die Lage der Sozialdemokraten noch besser, dort haben sie bereits drei Mandate erobert und auch die Deutschnationalen scheinen diesmal in Wöhren Erfolge zu erzielen.

Weitere Einzelresultate liegen bis jetzt noch nicht vor.

### Westfirmer ab. — 100 Sozialdemokraten.

Wien, 21. Juni. Gestern Abend fand ein Ministerrat statt, in dem der durchgefallene christlichsoziale Minister Dr. Reichelbacher seine Demission überreichte. — Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen wird der deutschnationaler Verband wieder die stärkste Partei des Hauses sein, er zählt jetzt 83 Mitglieder ohne die Wiener Abgeordneten. Die Sozialdemokraten, die im vorigen Abgeordnetenhause 87 Mann stark waren, haben bis jetzt 78 Mandate errungen und hoffen, mit ungefähr 100 Mann im neuen Hause erscheinen zu können. Der gestrige Abend der Wahlen ist in Wien ziemlich ruhig verlaufen, trotzdem man große Demonstrationen befürchtete und Militär allerorts konzentriert hatte.

## Liberaler Wahlrechtsfeinde.

Doch die Nationalliberalen erbitterte Feinde des gleichen Wahlrechts sind, wir immer wieder auf neu bewiesen. Wir verstehen ihre Wahlrechtsfeindschaft als auch vollkommen; denn die Partei repräsentiert die Groß- und Scherwindstrie, und die Interessen dieser millionensüchtigen Kreise können nicht dem gleichen Wahlrecht auf ihre Rechnung kommen. Das wissen die Nationalliberalen sehr genau, sie wissen sogar, daß diese selbe Tatsache auch für den Freisinn gilt. In dieser Beziehung ist es sehr interessant, was die national-liberale Magdeburger Zeitung in ihrer gestrigen Ausgabe (Nr. 308, 20. Juni) ausführt. Sie schreibt:

Für die Sozialdemokratie bedeutet zweifellos die Einführung des Reichstagswahlrechtes für die Landtage die Eröberung zahlreicher Mandate auch in diesen Parlamenten. Weniger verständlich bleibt nach wie vor die freisinnige Bekämpfung für die Einführung des Reichstagswahlrechtes in die Landtage, weil für den Freisinn und seinen Mandatsbesitz in den Landtagen die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes höchstwahrscheinlich nur die Stärkung durch die Sozialdemokratie bedeuten wird. Es ist auch ganz zweifellos feststehende Tatsache, daß mindestens die Hälfte der freisinnigen Wähler gar nicht daran denkt, einer solchen Selbstverleugung der Partei zuzustimmen. Was die Fraktion der fortgeschrittenen Volkspartei bewegen mag, an der Forderung des Reichstagswahlrechtes für Preußen festzuhalten, dürfte in der Konkurrenz mit der Demokratie, in dem alten Beharren auf doktrinarischen Ideen und schließlich in der Hoffnung, durch eine „populäre Forderung“ neue Anhänger zu gewinnen, zu suchen sein.

Wir freuen uns dieser offenen Darlegung und quittieren dankend darüber, daß die Nationalliberalen ihre freisinnigen Verbündeten so gut kennen. Wer auf den Freisinn baut, hat auf Sand gebaut.

Die Magdeburger Zeitung wendet sich weiter energisch gegen die Parole: gegen reichs! Sie ist arg böse mit dem Sanjabund und sagt:

Die entschlossene Rückwärtsgeht, die hier gepredigt wird: um den Kampf gegen reichs durchzuführen zu können, jede Hilfe von links bis zum extremsten Extrem anzunehmen, ist nur eine klugwollige Auflage des alten Wortes: den Teufel mit Beelzebub zu vertreiben. In einer solchen Kampfstellung ist reichs kein Platz für die nationalliberale Partei. Das muß mit aller Entschiedenheit und Klarheit ausgesprochen werden.

Gravol! Interzessant ist, daß der Freisinn mit dieser Gesellschaft der Junkerlei fast überall zusammengeht und Wahlbündnisse mit ihnen geschlossen hat. — Die W. J. geht in ihrer Wahlrechtsfeindschaft noch weiter: Sie erklärt: Aber auch daran darf die nationalliberale Partei keinen Moment Zweifel aufkommen lassen, daß sie sich der Uebertragung des Reichstagswahlrechtes, so unantastbar es für das Reich ist, auf Preußen unbedingt widersetzen wird. Jetzt mehr wie je tut eine so ungewöhnliche Klipp und Klare Stellungnahme zum Wahlrecht bitter not. Der Land und Leute in Preußen kennt, der weiß, daß die weiten Schichten gerade des erwerbsfähigen Mittelstandes auf solche Stellungnahme warten.

Es klingt wie Hohn, wenn die W. J. in den Kerntag die Einforderung macht: „so unantastbar es für das Reich ist“. Den Wahlrechtsfeinden, die kein gleiches Recht für Preußen wollen, ist jede politische Saurei im Reiche zuzutrauen. Liberalismus, sein Name ist Schmach!

## 8. Internationaler Textilarbeiter-Kongreß.

k. r. Amsterdam, 16. Juni 1911.

### Fünfter Verhandlungstag.

Von Turner, England wird eine Resolution begründet, die sich gegen den Krieg und die militaristischen Haltungen und für die Propaganda des Weltfriedens erklärt. Er weist darauf hin, wie lächerlich in allen Ländern die Militärs- und Flottenrüstungen angewachsen sind. Man braucht denken, Arbeiter nicht mehr auseinanderzusetzen, wie sehr diese Rüstungen einzig und allein den Interessen der kapitalistischen Klasse dienen, wie sie daher von den großen kapitalistischen Syndikaten eifrig gefördert werden, und wie auch die Zeitungen, die aus derselben Quelle gespeist werden, alles aufbieten, um den Rüstungswahnsinn weiter zu treiben und ihren Wintermannern immer neue Profitquellen zu erschließen. Man merkt bei den herrschenden Klassen nicht im geringsten die Meinung, dieses für sie profitabile System etwas einzuschränken, um so mehr muß die Arbeiterklasse dafür sorgen, daß die Rüstungsbäume des Unternehmertums nicht in den Himmel wachsen. Denn die Arbeiterklasse aller Länder ist nicht mit einem einzigen ihrer Interessen mit dieser nationalen und internationalen Profitpolitik des Unternehmertums verbunden. Die Bewegung gegen den Krieg muß dazu führen, daß jedesmal, wenn die herrschenden Klassen aufstehen zu einem großen Krieg, die Arbeiter aller Länder ihnen zurufen: Schlaß euch selbst! Wir haben keine Verantwortung, unsere Knochen für euch zu Markte zu tragen, die Zeit ist vorbei, wo die herrschenden Klassen die Arbeiterhaft zu Schildträgern blutiger kapitalistischer Interessenpolitik benutzen konnten. Es naht jetzt die Zeit, wo die Wölfer sich von der Würdelichkeit, von der Vogeln und Moral bei ihrer Politik lassen lassen, nicht aber von kühnster kapitalistischer Intelligenz. Seine Ausübungen hingegen aus in der Aufforderung, alle Friedensbestrebungen, die in den Staaten aufzutauchen, zu unterstützen.

Für die deutsche Delegation sprach Genosse Krätzig. Er begründete ein paar grundsätzliche Forderungen an der Resolution der Engländer. Diefelbe müsse zum Ausdruck bringen, daß wir nicht nur des halb den Krieg und die Rüstungen verwerfen, weil sie uns keine wirtschaftlichen Vorteile bringen, sondern wir verwerfen sie g und g, weil sie Kultur-

widrig und ein Verbrechen an der Menschheit sind. Wir bekämpfen den Militarismus, und müssen alles tun, ihm die Mittel zu verweigern, weil er den Kapitalismus, dem seine eigenen Produktivkräfte über den Kopf zu wachsen beginnen, immer neue Anlagengebiete zur Unterbringung ihrer Kapitalien, immer neue Möglichkeiten zur Veräußerung von Sachgütern und zur Ausbeutung der Massen bietet, weil er vor allen Dingen zur Niederhaltung des Proletariats, zur Verlängerung der Lohnknechtserei und zum gewalttätigen Semismus der gesellschaftlichen Fortentwicklung zum Sozialismus dient.

Attale-England (Spinner) schloß sich der scharfen Kritik über Krieg und Militarismus an, auch er sieht nicht ein einziges Moment, was zum Standpunkte des Arbeiters als stichhaltig für Kriege und Rüstungen ins Feld geführt werden kann.

Die Resolution findet darauf, nach einigen Forderungen auf Vorschlag der Deutschen, einstimmige Annahme. Ueber die Frage der internationalen Solidarität referierte Attale-England. Er betonte, daß deutschereits die Auseinandersetzungen hierüber als einen der wichtigsten Punkte der Tagesordnung betrachtet werde und deshalb plädiere er vor vornherein für eine verlängerte Redezeit. Ursache zur Behandlung dieser Frage habe der im Jahre 1909 stattgefundene Kongreß in Schweden gegeben, damals habe sich die internationale Solidarität durchaus nicht so bestätigt, wie es notwendig war. Amerika habe gar kein Geld gehabt, England nur sehr wenig; millionenschwere Körper schickten anstatt Geld mit Resolutionen und Symbolische Telegramme. Die deutsche Organisation lag ihm nun, die ausländischen Organisationen haben genau die Pflicht, solidarisch zu handeln, als wie die deutschen es tun. Die Engländer führen für ihr Verhalten verschiedene Gründe an. Sie sagen s. v. Die Verbandsstatuten erlauben es nicht, größere Summen durch die Verbände zu bewilligen.

Diesen Grund erkennen die Deutschen aber nicht als stichhaltig an; wenn die Statuten ein Hindernis zur Bewältigung der notwendigen finanziellen Hilfe bei großen Kämpfen sind, dann werden die Trades Unions ihre Statuten eben revidieren müssen. Weiter sagen die Engländer: „Wir haben keine Presse, mit der wir so an die Arbeiter herankommen können, wie die Deutschen“, den deutschen Arbeitern ist ihre Partei- und Gewerkschaftspreise auch nicht über Nacht zum Himmel in den Schoß gefallen, und die Deutschen können, daß es den Organisationen in England genau so gut möglich ist wie in Deutschland, eine selbständige Textilarbeiterpresse zu schaffen. Eine weitere Schwierigkeit zu durchgängiger Solidaritätsbestimmungen nach dem Beispiel der Deutschen erlischt Mangel in dem Mangel einer englischen Einheitsorganisation, und er freut sich, daß sich jetzt in England Anläufe zur Zentralisation bemerkbar machen. Im weiteren führt Mangel den Engländern vor Augen, wie auch für sie die internationale Solidarität praktische Bedeutung erlangen kann; auch sie können in die Lage kommen, energische Angriffe auf ihre Trades-Unions abzuwehren zu müssen. Die englischen Gewerkschaften haben sich 40 Jahre lang ungeschert politisch betätigen können, solange sie im Rahmen ihrer bürgerlichen Parteien schwammen; seit dem Augenblicke aber, wo sie selbständig als politische Macht auftraten, suchte man sie an der Verwendung ihrer Mittel zu politischen Zwecken zu hindern; man verweigert ihnen das, was sie 40 Jahre ungeschert getan haben und sucht ihnen durch beherrschende und gerichtliche Verfolgungen das Budget zu rauben. Eine ganze Menge Erscheinungen sind nichts weiter als der Ausdruck der immer stärker werdenden Spannung, die sich infolge der selbständigen politischen Betätigung der englischen Arbeiterklasse zwischen ihr und dem Unternehmertum entwickelt. Und im Erfolg dieser Spannung werden auch die englischen Organisationen schwerer zu bewegen sein, sich zu scheitern, bei denen sie von den stärksten Mitteln Gebrauch machen müssen. Daraus ergibt sich aber von selbst, daß die internationale Solidarität sich nicht nur auf die gewerkschaftlichen, sondern auch auf die politischen Aktionen der Arbeiterklasse erstrecken muß, die unternommen werden zur Erreichung notwendiger neuer politischer Rechte oder zur Abwehr von Angriffen auf bereits bestehende politische Rechte.

Auch die Auffassung, daß unter allen Umständen von vornherein nur finanziell genügend fundierte Streiks gefördert werden können, sei durchaus nicht vorbestaltend zu billigen. Redner wies als Beispiel auf dem im Jahre 1889 stattgefundenen englischen Textilarbeiterstreik hin. Im weiteren beipflichtete er der Vorlesung des Vortragsredners über die Arbeiterbewegung, die der stärksten Protest der organisierten kontinentalen Arbeiter herausforderte. So fand es beispielsweise der englische Arbeiterführer Ramsey MacDonald für angedacht, sich zum Treffen mit dem deutschen Kaiser, dem stärksten Gegner der deutschen Arbeiterbewegung, an einem Tisch zu setzen. Ein Mitglied der Delegation zu diesem Kongreß scheute sich nicht, offiziell an Festlichkeiten der englischen Kronungsfeierlichkeiten teilzunehmen. Das sind Sandlungen von Vertretern der der modernen Arbeiter-Internationale Angehörigen, durch die sie sich nach den Begriffen der kontinentalen Arbeiter aus tiefer in ihrer Würde als Arbeitervertreter betradeten.

Redner sagte sich zum Schluß dahin zusammen, daß die internationale Solidarität eine vollständige sein müsse, eine alle Seiten des proletarischen Kampfes umfassende. Schan-England polemisierte gegen die Mäßlichkeiten Ausführungen, ohne diese Angriffe jedoch entkräften zu können. — Nachdem noch ein Vertreter der Belgier die zwar scharfe, doch zureichende Kritik Mottels unterbreiten hatte, sprach noch Süß und nochmals Mottel; sie wiesen nochmals auf die mangelhafte Unterstützung des Schwedensstreiks durch England und andere Nationen hin und empfahlen die Annahme der Resolution. — Die angenommene Resolution besagt, daß dem Proletariat aller Länder die Pflicht solidarischer Hilfeleistung bei Kämpfen erwächst. Dabei ist es gleich, ob die Ursachen des Kampfes rein wirtschaftlicher Natur sind oder ob diese freirechtliche Institutionen erkauft oder Rechte vertrieben werden müssen. Die der Internationale der Textilarbeiter angehörenden Organisationen verpflichten sich, ihre Mitglieder nach Kräften, in Wort und Schrift in diesem Sinne zu erziehen.

Zum Streitreglement wurde gegen die Stimmen der Engländer beschlossen, daß durch die Unterstützung aus dem internationalen Streikfonds der Fonds nicht unter 100 000 Franc sinken darf. Sinkt der Fonds durch starke Inanspruchnahme dieser Summe, so soll er durch Erhebung von Extraktoren,



Die Polizei hat immer recht!

Der selige Weidemann sprach zu früh. Eine letzte Genugtuung, die ihm durch den Regierungspräsidenten auch werden sollte, hat er nicht mehr erleben dürfen. Er hatte dem Sozialdemokratischen Verein am 29. März einen Theaterabend im Volkspark verboten, weil die Veranstaltung eine öffentliche sei.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins bestritt ihm nur das, was er wollte, solche Verbote eigenmächtig zu erlassen, er dürfe nur die Aufsicht des Oberbürgermeisters haben. Deshalb hat die Verwaltung dem Verein die Erlaubnis zur Abhaltung eines Theaterabends verweigert, weil die Veranstaltung eine öffentliche sei.

Auf Ihre Beschwerde vom 18. April d. J. gereicht Ihnen nunmehr die Bescheid, daß ich es ablehnen muß, die Vergütung der Polizeiverwaltung zu erlassen, weil die Vergütung der Sozialdemokratischen Vereine die Erlaubnis zur Abhaltung eines Theaterabends verweigert worden ist.

Ich habe die Polizei einen glänzenden Sieg errungen. Ihr Beschwerde sagt, sie habe recht, vollständig recht. Weidemanns Verbot ist auch ohne die Worte „im Volkspark“ gültig und die Veranstaltung ist als öffentliche anzusehen.

Was in materieller Hinsicht kann ich Ihre Beschwerde nicht als begründet ansehen. Der Zufall in der Zeitungsangelegenheit, daß Eintrittskarten nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches ausgegeben werden, bietet keine hinreichende Gewähr, daß die Teilnahme an der Kulturarbeit auf die Vereinsmitglieder beschränkt bleibt.

Als die Polizei hat recht. Sie hat zwar bei der Unterschrift formell unrichtig gehandelt, und die Polizei ist angezweifelt worden, in Zukunft genauer zu arbeiten, aber dieser formelle Fehler hindert beim Regierungspräsidenten nicht, daß die Polizei recht hat.

Was die Besondere der Stadtpolizeiarbeiter. Gestern vormittag begannen hier die öffentlichen Verhandlungen des 4. ordentlichen Bundeskongresses deutscher Telegraphen-Arbeiter. Vorarbeiter und Handwerker im Sale des Restaurants Mars la Tour.

Wit diesen Gedanken ist der Bund schon im vorigen Jahre an das Reichspräsident in Berlin herangetreten, hat aber eine abschlägige Antwort erhalten. Das Reichspräsident erklärte: Eine einheitliche Regelung der Lohnfragen für Telegraphenarbeiter ist nicht angängig; sie bleibt den einzelnen Oberpräsidenten überlassen.

Wit diesen Gedanken ist der Bund schon im vorigen Jahre an das Reichspräsident in Berlin herangetreten, hat aber eine abschlägige Antwort erhalten. Das Reichspräsident erklärte: Eine einheitliche Regelung der Lohnfragen für Telegraphenarbeiter ist nicht angängig; sie bleibt den einzelnen Oberpräsidenten überlassen.

Wit diesen Gedanken ist der Bund schon im vorigen Jahre an das Reichspräsident in Berlin herangetreten, hat aber eine abschlägige Antwort erhalten. Das Reichspräsident erklärte: Eine einheitliche Regelung der Lohnfragen für Telegraphenarbeiter ist nicht angängig; sie bleibt den einzelnen Oberpräsidenten überlassen.

Wit diesen Gedanken ist der Bund schon im vorigen Jahre an das Reichspräsident in Berlin herangetreten, hat aber eine abschlägige Antwort erhalten. Das Reichspräsident erklärte: Eine einheitliche Regelung der Lohnfragen für Telegraphenarbeiter ist nicht angängig; sie bleibt den einzelnen Oberpräsidenten überlassen.

Wit diesen Gedanken ist der Bund schon im vorigen Jahre an das Reichspräsident in Berlin herangetreten, hat aber eine abschlägige Antwort erhalten. Das Reichspräsident erklärte: Eine einheitliche Regelung der Lohnfragen für Telegraphenarbeiter ist nicht angängig; sie bleibt den einzelnen Oberpräsidenten überlassen.

Wit diesen Gedanken ist der Bund schon im vorigen Jahre an das Reichspräsident in Berlin herangetreten, hat aber eine abschlägige Antwort erhalten. Das Reichspräsident erklärte: Eine einheitliche Regelung der Lohnfragen für Telegraphenarbeiter ist nicht angängig; sie bleibt den einzelnen Oberpräsidenten überlassen.

Milionenüberschuß in der Stadtkasse Halle. Jubelnd verkündet die Saalezeitung in ihrer heutigen Morgenausgabe, daß die Stadtkasse in der letzten Rechnungsjahre einen glänzenden Erfolg erzielt hat.

Der Jubel über diesen Ueberschuß ist wohl berechtigt. Aber warum feiert man denn mit empörender Unidrigkeit wochenlang um die färgliche Erhöhung der Löhne, die die Verbände der städtischen Arbeiter verlangt haben.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Die Differenzen in Vereits Futterfabrik in Trotha. Nachdem die Direktion den bisherigen Zuschlag von 10 Pf. pro Leberhunde a 600 gogen hat, verlangt sie trotzdem Leberhunde. Die Arbeiter verweigern alle Leberhundearbeit.

Adolf-Theater. Nur noch 4 Tage geht die Operettenposse Der Waldschänke mit Karl Zander, Gabelmann, der Schillerin des Hofes, Kapellmeister Konstantin, in den Hauptrollen im Saal. Am kommenden Sonntag wird ein neues Stück zur Aufführung gelangen.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Ammerberg. Gemeindevertrereifung. Der Gemeindevorsteher gab, da das Gericht im Umlauf ist, unsere Verwaltungslisten für die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl.

Aus den Gerichtssälen. Strafkammer.

Die empfindliche Polizei. Der frühere Amtsrichter a. D. Georg Hopfenverwaltungsagenten Erbschaft erlosb in einem Bescheidurtheil an das hiesige Amtsgericht den Vorwurf gegen die Polizeiverwaltung, sie bedrückte sich, auf Grund ihrer inhaltlich falschen Angaben das Ansehen des Amtsgerichts zu schaden zu empfinden.

Aus den Nachbarkreisen. Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda.

Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda. Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda.

Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda. Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda.

Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda. Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda.

Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda. Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda.

Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda. Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda.

Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda. Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda.

Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda. Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda.

Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda. Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda.

Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda. Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda.

Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda. Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda.

Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda. Der Kreistag des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Corgan—Liebenwerda.

